

Fachbereich/Fachdienst ZD/1 FD Organisation, Rats- und Öffentlichkeitsarbeit	Datum 11.03.2014	Vorlagen-Nr. XVII/0485 B02 / S02
--	---------------------	--

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Beratungsergebnis	Abstimmungsergebnis			geänderte Beschluss- empfehlung
			Ja	Nein	Enth.	
Fraktion						
Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung	11.03.2014					
Verwaltungsausschuss	01.04.2014					
Rat der Stadt Barsinghausen	02.04.2014					

Ratsinformationssystem online, Umsetzung HSK-Beschluss ZD-1.4, Nr. 174, hier: Kompensationsbeschluss

Beschlussempfehlung:

Zur Kompensation des den HSK-Beschluss Nr. 174, Ratsinformationssystem online, übersteigenden jährlichen Ausgabebetrags durch die Erhöhung der Fraktionsgeschäftsführungskosten und die Erhöhung des Sitzungsgeldes für beratende Mitglieder um 2 € wird die den HSK-Beschluss Nr. 209, Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder um 15%, übersteigende Mehreinnahme in Höhe von 4.871,00 € herangezogen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Rates am 24.07.2014 die Änderung der Geschäftsordnung des Rates bzgl. der Anpassung für die Umstellung auf elektronische Ratsarbeit vorzulegen.

Beteiligung Rechnungsprüfungsamt
Stellungnahme:

Unterschrift Verwaltungsvorstand BM/ESr

Haushaltsmittel:

keine finanziellen Auswirkungen

Produkt					
Nummer		Bezeichnung			
P1.111001		Gremienbetreuung			
Ergebnishaushalt					
HH-Jahr	Haushaltsposition	HH-Ansatz	Noch verfügbare Mittel	Ertrag / Aufwand	Jährl. Folgekosten
2014	P.111001, SK 443100	- €	- €	- €	4.871,00 €
Erläuterung:					

HSK:

Auswirkungen auf Haushaltssicherung

Gesamtkonsolidierungssumme		
wird nicht verändert	wird erhöht um	wird verringert um
X	€	€

Beteiligungen:

	nicht erforderlich	erfolgt	zugestimmt	nicht zugestimmt
Personalrat	x			
Gleichstellungsbeauftragte	x			
	vereinbar		nicht vereinbar	
Vorlage ist mit dem Leitziel der demographischen Entwicklung (XVI/420)	x			

Sachdarstellung:

Zur Umsetzung des HSK-Beschlusses ZD-1.4, Nr. 174, Ratsinformationssystem online, wurde die Informationsvorlage XVII/0429 erstellt, welche die mögliche Umsetzung im Rahmen des HSK-Beschlusses enthielt.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21. November 2013 wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen, welche sich mit den noch offenen Fragen beschäftigen sollte.

Die Arbeitsgruppe hat am 21. Januar 2014 in einer Sitzung alle offenen Fragen besprochen.

Im Ergebnis wurde auf die Beschaffung von Zubehör (Drucker, Tastaturen, Schutzhüllen) durch die

Stadtverwaltung verzichtet. Weiter wurde besprochen, dass die beratenden Mitglieder wie ursprünglich geplant nicht mit Ipad's ausgestattet werden, sondern die Unterlagen online abrufen können. Die gewünschte Beschaffung der Geräte über die hannIT wird entsprechend erfolgen. Gäste in den Sitzungen werden wie bisher mit einer schriftlichen Bürgerinformation versorgt.

Es war jedoch mehrheitlicher Wunsch der Arbeitsgruppe, allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit einzuräumen, die Sitzungsunterlagen auch unterwegs abzurufen. Die Ipad's müssten dementsprechend mit SIM-Karten und Datentarifen ausgestattet werden.

Außerdem soll den beratenden Mitgliedern zum Ausgleich für den online-Abruf der Sitzungsunterlagen ein erhöhtes Sitzungsgeld in Höhe von 2 €, damit insgesamt 14,50 €, gezahlt werden.

Durch diese Änderungswünsche würden folgende zusätzliche jährliche Kosten entstehen:

	elektr. Ratsarbeit, ohne SIM-Karten Vorlage XVII/0429		elektr. Ratsarbeit mit SIM-Karten	
einmalige Kosten	Ipad-Beschaffung	22.455,00 €	Ipad Mietkauf 24 Monate	20.130,13 €
	Lizenzkauf	6.024,97 €		6.024,97 €
	WLAN-Einrichtung	4.000,00 €		4.000,00 €
		32.479,97 €		30.155,10 €
jährliche Kosten	lfd. Kosten Lizenz, WLAN	3.256,56 €	lfd. Kosten Lizenz, WLAN	3.256,56 €
			lfd. Kosten SIM-Karten	5.545,80 €
			Erhöhung Sitzungsgeld ber. Mtgl.	500,00 €
		3.256,56 €		9.302,36 €

Für die Kompensation der entstehenden zusätzlichen laufenden Kosten in Höhe von insgesamt 6.045,80 € (5.545,80 € für die SIM-Karten und 500 € für das erhöhte Sitzungsgeld) reicht zur Kompensation wie in der Beschlussempfehlung dargestellt die Mehreinnahme (s. Vorlage XVII/0198) nicht aus. Nach Abzug des Mehrbetrags für die Erhöhung des Sitzungsgeldes (4.871 € - 500 €) verbleiben zur Kompensation 4.371 €.

Diese 4.371 € sollen den Fraktionen über die Fraktionsgeschäftsführungskosten zur Verfügung gestellt werden, damit die Fraktionen die SIM-Karten in benötigter Anzahl aus den erhöhten Fraktionsgeschäftsführungskosten teilweise finanzieren können.

Nach Beschluss dieser Vorlage, der Erhöhung der Aufwandsentschädigung (siehe Vorlage XVII/0504) und der Fraktionsgeschäftsführungskosten (siehe Vorlage XVII/0505), legt die Verwaltung anschließend eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates vor, um die rechtlichen Voraussetzungen für die elektronische Ratsarbeit zu schaffen.

Der Beschluss über die Geschäftsordnung muss spätestens in der Sitzung des Rates am 24.07.2014 erfolgen, um eine Umsetzung in 2014 zu gewährleisten.

Gleichstellungsrelevante Aspekte, die die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten erforderlich machen, sind nicht gegeben.